

PRESSEMITTEILUNG VERBÄNDEPOSITIONIERUNG

Steuerpolitik gegen die Realität: Geplante Tabaksteuererhöhungen gefährden Staatseinnahmen, Arbeitsplätze und den legalen Markt

Dortmund/Berlin, 15.09.2026 - Die Bundesregierung plant weitere deutliche Tabaksteuererhöhungen und verschärft damit ihren bisherigen Steuerkurs. Statt Mehreinnahmen drohen steigende Preise, mehr Schwarzmarkt und weitere Einbußen für den legalen Markt.

Die unterzeichnenden Verbände warnen eindringlich vor diesem Kurs. Der Gesetzentwurf droht sein eigenes Ziel zu verfehlen: Statt dauerhaft höhere Steuereinnahmen zu erzielen, werden legale Umsätze weiter in den Schwarzmarkt und den grenzüberschreitenden Einkauf verlagert. Die Entwicklung der Tabaksteuereinnahmen zeigt bereits heute, dass dieser Effekt längst eingesetzt hat.

Gleichzeitig setzt die Politik die Wettbewerbsfähigkeit einer in Deutschland produzierenden Industrie und eines flächendeckenden mittelständisch geprägten Handels unnötig aufs Spiel. Die vorgesehenen Steuererhöhungen belasten Hersteller und Handel in einem Ausmaß, das in einzelnen Produktbereichen erhebliche Marktverwerfungen auslösen kann. Damit geraten Investitionen, Wertschöpfung und Arbeitsplätze in Deutschland zunehmend unter Druck. Ein wachsender illegaler Markt entzieht sich wirksamen Kontrollen und schwächt damit zugleich Verbraucher-, Jugend- und Gesundheitsschutz.

Die Bundesregierung ist aufgefordert, den Gesetzentwurf an den tatsächlichen Entwicklungen bei Steuereinnahmen, Schwarzmarkt und Wirtschaftsstandort auszurichten. Erforderlich sind eine realistische und unabhängige Überprüfung der Einnahmeprognosen, planbare und maßvolle steuerliche Rahmenbedingungen sowie eine Regulierung, die den legalen Markt stärkt, statt den illegalen Handel weiter anzukurbeln und die organisierte Kriminalität zu unterstützen.

Die Bundesregierung riskiert mit ihrer Tabaksteuerpolitik ein fiskalisches, wirtschaftliches und ordnungspolitisches Eigentor. Während die Steuereinnahmen sinken, wächst der Schwarzmarkt. Während legale Unternehmen zusätzlich belastet werden, profitieren illegale Anbieter. Und während Industrie und Handel Planungssicherheit benötigen, schafft die Politik neue Unsicherheit. Dieser Gesetzentwurf muss deshalb grundlegend überarbeitet werden.

Statements

Jan Mücke, Hauptgeschäftsführer Bundesverband der Tabakwirtschaft und neuartiger Erzeugnisse e.V. (BVTE):

„Die geplanten weiteren Tabaksteuererhöhungen wiederholen die Fehler früherer Steuersprünge: weniger legale Verkäufe, ein wachsender Schwarzmarkt und ausbleibende Mehreinnahmen für den Staat. Die bisherigen Entwicklungen liefern bereits heute deutliche Warnsignale. Wir appellieren an die Bundesregierung, diese Erkenntnisse im Gesetzgebungsverfahren zu berücksichtigen und den Gesetzentwurf grundlegend zu überarbeiten.“

Kontakt:

E-Mail: presse@bvte.de | Tel.: +49 30 886636123 | Web: tabaksteuerabzocke.de bvte.de

Michael von Foerster, Geschäftsführer Verband der deutschen Rauchtabakindustrie e.V. (VdR):

„Deutschland hat Anfang der 2000er Jahre erlebt, wohin abrupte Tabaksteuersprünge führen: einbrechende legale Absätze, ein stark wachsender Schwarzmarkt und ausbleibende Mehreinnahmen. Die unterzeichnenden Verbände fordern deshalb gestaffelte, planbare Erhöhungsschritte und eine externe Überprüfung der Einnahmeprognose, bevor der Gesetzgeber denselben Fehler zum zweiten Mal macht.“

Kontakt:

E-Mail: info@tabakmittelstand.de | Tel.: +49 30 20965650 | Web: tabakmittelstand.de

Bodo Mehrlein, Geschäftsführer Bundesverband der Zigarrenindustrie e.V. (BdZ):

„Für die mittelständischen Familienunternehmen der Zigarrenindustrie stellt schon der Regierungsentwurf für eine Änderung der Tabaksteuer eine große Herausforderung dar, die mit Marktverwerfungen auf Seiten der Industrie, aber auch auf Seiten des Fachhandels einhergehen wird. Die jetzt vorliegende Formulierungshilfe für eine weitere Steueranpassung sieht für Zigarren / Zigarillos eine Anpassung um das 14-Fache oder 1.332 % der Ad-Valorem-Steuer vor. Dies entbehrt jeder Sachlichkeit bei der Besteuerung eines Genuss- und Kulturgutes und stellt den Tatbestand einer erdrosselnden Verbrauchsteuer dar. Eine Vorfinanzierung einer solchen Steuerschuld durch die Industrie, aber auch durch den Handel, ist nicht zu handeln und die Produkte werden nach einer Preissteigerung von 50 bis 60 % kaum noch Abnehmer finden. Der BdZ fordert die Bundesregierung zu Korrekturen und Orientierung am Koalitionsvertrag auf.“

Kontakt:

E-Mail: mehrolein@zigarren-verband.de | Tel.: +49 228 364026 | Web: zigarren-verband.de

Oliver Pohland, Geschäftsführer Verband des eZigarettenhandels e.V. (VdeH):

„Wenn die Einnahmen hinter den Erwartungen zurückbleiben und gleichzeitig der Schwarzmarkt wächst, kann die Antwort nicht immer die nächste Steuererhöhung sein. Gerade die Entwicklung bei E-Zigaretten zeigt, dass diese Strategie an ihre Grenzen gekommen ist. Eine weitere Verteuerung legaler Produkte würde die Nachfrage noch stärker in illegale Vertriebskanäle und ins Ausland verlagern und damit mittelständische Händler in Deutschland zusätzlich belasten. Statt neuer Steuersprünge brauchen wir realistische Steuersätze, Planungssicherheit und einen deutlich stärkeren Vollzug gegen den illegalen Markt.“

Kontakt:

E-Mail: presse@vdeh.de | Tel.: +49 30 20 188 377 | Web: www.vdeh.de

Philip Drögemüller, Geschäftsführer Bündnis für Tabakfreien Genuss e.V. (BftG):

„Die E-Zigarettenbranche steht derzeit vor entscheidenden regulatorischen Weichenstellungen. Weitere Steuererhöhungen sowie unverhältnismäßige Einschränkungen bei Aromen würden den legalen Markt zusätzlich unter Druck setzen und den bereits wachsenden illegalen Handel weiter begünstigen – mit negativen Folgen für Verbraucher-, Jugend- und Gesundheitsschutz. Notwendig sind eine evidenzbasierte Regulierung, wirksame Maßnahmen gegen den Schwarzmarkt und verlässliche Rahmenbedingungen, die erwachsenen Rauchern den Umstieg auf weniger schädliche Alternativen ermöglichen.“

Kontakt:

E-Mail: info@bftg.org | Tel.: +49 30 20924080 | Web: tabakfreiergenuss.org

Torsten Löffler, Präsident Bundesverband des Tabakwaren-Einzelhandels e.V. (BTWE):

„Eine Tabaksteuer-Schocktherapie stärkt den Schwarzmarkt und den Einkauf im Ausland, schwächt den legalen Handel und führt am Ende zu sinkenden Steuereinnahmen. Gleichzeitig ignoriert die Politik das zusätzliche Steuerpotenzial regulierter Nikotinbeutel. Der geplante Zeitplan bis Anfang 2027 ist zudem viel zu knapp und überfordert Handel und Industrie gleichermaßen.“

Kontakt:

E-Mail: btwe@einzelhandel-ev.de | Tel.: +49 221 2716612 | Web: tabakwelt.de